# Dresdner Volkszeitung

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.**

Postscheckkonto: Dresden, [illegible] & Comp., Nr. 1208. — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

**Bezugspreis** einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf.
**Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25201. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

**Anzeigenpreis:** die 9gespaltene Kolonelzeile 2,50 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 214 | Dresden, Dienstag den 13. September 1921 | 32. Jahrg.


## Der veränderte Programmentwurf

### III. Annahme oder Ablehnung?

Wir warfen am Schlusse unseres zweiten Artikels die Frage auf, ob der Parteitag die Arbeit einer gründlichen Durchberatung wird leisten können. Schon in der Fragestellung liegt die Verneinung. Wir müssen in der weiteren Behandlung etwas mehr wissenschaftliche Gründlichkeit verlangen, als die Programmberatung bisher vermuten ließ. Bis jetzt ist das ganze Kapitel der Programmschöpfung ein Beispiel dafür, wie es **nicht** gemacht werden darf: Nach dreijähriger Embryozeit in der Kommission wird plötzlich ein Entwurf veröffentlicht, den die Väter für unfertig erklären und für dessen Veröffentlichung weder sie noch der Parteivorstand die Verantwortung übernehmen wollen. Nichtsdestoweniger gilt er als zur Diskussion gestellt. Versammlungen reden sich wegen ihm die Köpfe heiß, ein dicker Kommentar erscheint dazu, eine ausgiebige Zeitungsdebatte schwemmt über die Dämme — und ebenso plötzlich wie die erste Fassung erscheint eine zweite veränderte. Die Programmkommission hat gefeilt, verbessert, hineingebracht, was von der Kritik als [illegible] gewünscht wurde. Ist das jene Gründlichkeit, wie sie ein gewaltiges, wissenschaftliches Werk zieren soll? Nein, [illegible] Programmflickerei und das muß auf dem Parteitag [illegible] ausgesprochen werden.

In Heft 23 der **Glocke** unterzieht Genosse **Ströbel** die neue Fassung einer Prüfung, erklärt auch diese Auflage in den wichtigsten Teilen als unklar und unzulänglich, kommt zu dem Ergebnis, daß der Parteitag den Entwurf nicht annehmen kann und sagt zum Schluß:

> Wir sind vielmehr sicher, daß er (der Parteitag) der Kommission ihre Arbeit mit etwa diesen Worten zurückgeben wird: Eure Arbeit war gut gemeint und beweist in manchen Einzelheiten Fleiß und dankenswerte Sachkunde. Aber als Ganzes ist der Entwurf, auch und erst recht in seiner neuen Form, absolut **unbrauchbar**. Wir sind eine sozialdemokratische Partei und brauchen ein Programm, das vor allem unsern **sozialistischen** Charakter einwandfrei legitimiert und unserer sozialistischen Anhängerschaft Ziele und Wege weist. Und gerade hier läßt uns der Entwurf vollständig im Stich. Das ist weniger eure Schuld, ist die Schuld der Umstände, des **dreijährigen Chaos**, [illegible] nicht zu gründlichem Studium und geistigem Neuschaffen kommen ließ. Aber gleichviel, woher dieses geistige Manko kommt, es ist nun einmal da, und aus einem geistigen Defizit kann man kein Programm machen. Darum bleibt nichts übrig, als daß ihr euch noch einmal auf die Hosen setzt und euch überall dort Unterstützung holt, wo sie zu haben ist: bei den **Gewerkschaften**, bei den **Wissenschaftlern**, bei den berufenen **Wirtschaftspraktikern**, soweit in ihnen das Ideal einer sozialistischen Gesellschaftsumformung glüht. Nebenher Jahr vielleicht, wenn sich die Schemen eures Wollens zu festen Gestalten verdichtet haben, werden wir dann zur Beschlußfassung über das Programm kommen. Aber vielleicht hat uns die Praxis bis dahin schon wieder einmal mancher theoretischen Festlegung enthoben."

Es müßte auch wunderlich zugehen, wenn der Parteitag seine kostbare Zeit mit dem Dreschen leeren Programmstrohes vertrödeln wollte, während die Ermordung Erzbergers und der **Kampf gegen die meuchelmörderische Reaktion der Partei für den Augenblick ganz andere Aufgaben stellt.** Jetzt gibt es nichts Wichtigeres, als die Republik zu sichern und durch die Einheitsaktion des gesamten sozialistischen Proletariats den Klüngel der Monarchisten und Militaristen niederzuringen. Die nächsten Mittel dazu sind ja in der Presse der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratie klar genug genannt worden. Dann freilich, nach der Umbildung der Regierung, nach der Säuberung von Reichswehr und Schupo, nach der Demokratisierung der reaktionär verseuchten Justiz und der obstruierenden Verwaltung, müssen schleunigst und unverzüglich auch die Hauptfragen des Parteiprogramms, die Grundprobleme der Sozialisierung gelöst werden!

Ströbel trifft unseres Erachtens in der Charakterisierung des Entwurfs wie der Situation das Richtige. Der Parteitag wird angesichts der dringenden Aufgaben des Augenblicks einfach keine Zeit haben, das Programm so gründlich zu besprechen, wie es bei der Wichtigkeit des Werkes und der Unzulänglichkeit des Entwurfs nötig ist. Er kann es sich nicht leisten, inmitten der Gefahren der Gegenwart seine sechs Beratungstage mit einer zwei- bis dreitägigen Programmdebatte zu belasten. Man sollte sich in Görlitz damit begnügen, der Kommission eine zweckentsprechendere Blutmischung und Blutauffrischung zu geben und das Werk dann auf ein Jahr zu vertagen.

Die programmlose Zeit kann durch ein gut formuliertes **Aktionsprogramm** gemildert werden. Ein auf weite Sicht gebautes Parteiprogramm jedoch ist ein kollektivistisches **Kunstwerk** — oder sollte es wenigstens sein. Und das wird nicht so nebenher zusammengeschustert oder im Galopp [illegible]

## Rücktritt des bayerischen Kabinetts

Eigene Drahtmeldung

**München**, 13. September. Gestern vormittag begann der Ministerrat nicht, wie angesetzt, um 11, sondern erst um 12 Uhr. Es wurde zunächst die gesamte politische Lage erörtert, wobei Herr v. **Kahr** die Gründe, die ihn zum Rücktritt bestimmten, bekanntgab. Hiernach haben es die anwesenden Minister aus staatsrechtlichen Gründen für notwendig gehalten, sich dem Entschluß des Ministers anzuschließen. Sie baten Herrn v. Kahr, den **Rücktritt des gesamten Ministeriums** dem Landtagspräsidium mitzuteilen. Die Gründe für diese unerwartete Wendung sind nach außen durch diese staatsrechtliche Auffassung gegeben. Nach innen aber sind sie tieferer Natur und erfordern ernsthafte Beachtung. Schon im Laufe des Sonntags war es klar, daß die [illegible] Nationalisten sich der Entscheidung der bayerischen Volksvertretung nicht fügen, sondern sie mit allen erlaubten oder auch unerlaubten Mitteln der Agitation durchkreuzen wollten. Die bayerische Mittelpartei, die außer den 13 Deutschnationalen auch die 7 Vertreter der Deutschen Volkspartei umfaßt, stellt sich auf den Standpunkt, daß entweder Kahrs und Roths Rücktritt als nicht endgültig oder die **Koalition als gesprengt** zu betrachten sei. In der Bayerischen Volkspartei wuchs das Bedauern über den Bruch, und die offiziöse Parteikorrespondenz beeilte sich, Brücken zu bauen. Herr v. Kahr begibt sich morgen in Fortsetzung seines Sommerurlaubes nach Berchtesgaden. Es ist nunmehr Sache des Landtagsvorstandes, den Ältestenausschuß einzuberufen, der sodann über den Zusammentritt des Landtags beschließt. Die bayerische Antwort in der vom Landtagsausschuß beschlossenen Fassung ist nach Berlin abgegangen. Von der Entsendung einer Abordnung wurde abgesehen und die Erledigung des Briefes dem geschäftsmäßigen Wege (Gesandter v. Preger) überwiesen. Auf morgen ist eine Koalitionsbesprechung anberaumt.

**München**, 12. September. Zum Rücktritt des Ministeriums Kahr schreibt die **Staatszeitung**: Das Vertrauen, mit dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu Kahr steht, ist durch den Verlauf, den die Verhandlungen über die Beseitigung des Ausnahmezustandes genommen haben, nicht im mindesten erschüttert worden. Als Regierung der Beruhigung, der Ordnung, der Wiedererrichtung der Staatsautorität und des Wiederaufbaues hat das Ministerium Kahr sich bestens bewährt. Daß sein Entschluß, so [illegible] folgerichtig und unvermeidbar er nun einmal durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten war, ebenso bedauert werden muß wie der Entschluß des Ministerpräsidenten selbst. Das Weitere steht nun beim Landtag, über dessen Zusammenberufung bis zur Stunde noch nichts bekannt ist.

**München**, 13. September. Die heutigen Morgenblätter, die sich eingehend mit dem Rücktritt des gesamten Ministeriums beschäftigen, mahnen Berlin nochmals, Geduld zu üben und der jetzigen Situation Verständnis entgegenzubringen. Die bayerischen Koalitionsparteien bekunden unzweideutig den Willen zu einer Verständigung mit dem Reiche. Die Frage der Basis der künftigen Regierungsbildung ist noch nicht geklärt. Es ist die Frage, ob die gegenwärtige Koalition, in der bisher alle nichtsozialistischen Parteien des Landtags vereinigt waren, Bestand haben wird. Augenblicklich rechnet man mit der Wiederkehr des Ministerpräsidenten Kahr in eine Koalition der Mittelpartei, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und des Bauernbundes, der aber die Deutschnationalen nicht angehören würden. Dieses Kabinett würde ungefähr dem Kabinett Stegerwald in Preußen entsprechen, das gegen die Sozialisten regiert und auf Gnade und Ungnade von den Deutschnationalen abhängig ist.

### Ein U.S.P.-Abgeordneter verhaftet

Der **unabhängige Abgeordnete Fischer**, München, ist, nach der Vossischen Zeitung, wegen einer Rede, in der er eine Trennungsbewegung in Franken in Aussicht stellte, unter der Anklage des Hochverrats in **Nürnberg** verhaftet worden.

### Der Berliner Streik beendet

Eigene Drahtmeldung

**Berlin**, 13. September. Heute vormittag traten im Reichsarbeitsministerium die Vertreter des Magistrats und die Leiter der Streikbewegung zu einer Sitzung zur Regelung der tarifmäßigen Angestelltenfrage zusammen. Die Arbeit konnte heute früh in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Der Schaden, den sich die Stadtverwaltung selbst zuzuschreiben hat, beläuft sich nach Schätzung auf 1½ Millionen Mark.

### Klante-Max protestiert

Eigene Drahtmeldung

**Berlin**, 13. September. Max Klante ist heute im Untersuchungsgefängnis Moabit vernommen worden. Er protestiert gegen seine Verhaftung und behauptet, daß ihn nur der Staat zugrunde richte, weil er durch die großen Steuerabgaben seinen Verpflichtungen nicht nachkommen könnte. Die Staatsanwaltschaft ist der Ansicht, daß Klante noch im Besitz von großen Summen ist, die er irgendwo in Sicherheit gebracht hat. Die ärztliche Untersuchung, nach der Klante sofort nach seiner Einlieferung verlangt hat, ergab, daß er wohl überreizt ist, aber ein Aufenthalt in einem Sanatorium nicht gerechtfertigt sei.

## Für die vollkommenste Republik der Welt

S. K. In dem inneren Kampfe in der Deutschen Volkspartei liegt heute wiederum ein bemerkenswertes Dokument vor. Die **deutschvolksparteiliche Reichstagsabgeordnete Frau Katharina v. Oheimb** bekennt sich in einem Aufsatz der Vossischen Zeitung zur Republik. Sie verlangt von der Deutschen Volkspartei, daß sie das überalterte Ideal der Arbeit für die Wiederherstellung der Monarchie aufgebe. Republikanische Verfassungstreue, verbunden mit dem Ziel, Deutschland wieder monarchisch zu machen, bringt Unklarheit und Verschwommenheit über die wirkliche Stellungnahme der Partei hervor, was nicht nur bei den Parteiangehörigen Zweifel hervorrufen müsse, sondern auch bei andern Parteien, mit denen sie die Volksgemeinschaft anstrebe.

Das ist außerordentlich vernünftig und die beste Rechtfertigung dafür, daß die Sozialdemokratie es abgelehnt hat, mit der Volkspartei in eine Regierung zu gehen, **solange sich diese programmatisch als Ziel die Wiederherstellung des Kaisertums setzt.** Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß alle bisherigen Aktionen der Deutschen Volkspartei **zweideutig** gewesen sind. Wir haben die Politik, die seinerzeit die Volksparteiler Heinze, Raumer und Scholz im Reichskabinett getrieben haben, für recht schlecht und verkehrt gehalten, aber kein Objektiver wird leugnen, daß die Herren nichts gegen die Republik unternommen haben, daß sie den guten Willen hatten, der Verfassung zu dienen. Auf der andern Seite ist die Deutsche Volkspartei im Lande durchaus staatsfeindlich und **staatsgefährlich**. Sie macht jede schwarzweißrote Propaganda mit, ist im Wettlauf mit den Deutschnationalen Volksparteiler nationalistisch und revanchelustig und übertrifft diese noch vielfach an Feindschaft gegen die gesamte Arbeiterbewegung. Auf die Dauer kann das unmöglich halten: entweder müssen Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei sich zu einer reaktionären Masse zusammenfinden, wie das gerade jetzt in Hamburg lebhaft propagiert wird, oder die Deutsche Volkspartei muß sich endgültig lossagen von den Methoden, denen die Deutschnationalen ihre agitatorischen Erfolge verdanken. Sie muß den Weg gehen, den in Frankreich die Ralliierten gegangen sind, diejenigen bürgerlichen Kreise, die sich nachträglich der Republik angeschlossen haben.

Frau **Katharina v. Oheimb** ist die erste Stimme aus der Deutschen Volkspartei, die sich entsprechend den früheren Vorschlägen der Kölnischen Zeitung offen zum Gedanken der republikanischen Mittelpartei bekennt. Trotz allen ehrfürchtigen Erinnerung an die Jahrhunderte deutscher Monarchen ist sie bereit, sich von toten alten Idealen loszusagen. Ihre Begründung dafür ist sehr treffend:

> „Die Monarchie war der großen Aufgabe, Deutschland vor dem Weltkriege zu bewahren oder es durch diese Aufwendung glücklich hindurchzuführen, nicht gewachsen gewesen. Es ist ihr nicht gelungen, im deutschen Volke ein so starkes allgemeines Interesse am Vaterlande zu erzeugen, daß trotz der Entbehrungen und Leiden des Krieges die in den Augusttagen 1914 auflammende Begeisterung zum Verteidigungskampf bis zum Ende durchhielt. Die Folge davon war, daß sie durch die republikanische Staatsform abgelöst wurde. Das Bekenntnis der Deutschen Volkspartei zur monarchischen Staatsform als Ideal hat sie fälschlich zu einer Rechtspartei gestempelt. Dies Prinzip zu betonen, tiel aber der Deutschnationalen Volkspartei zu, die in offener Opposition gegen die Verfassung dafür eingetreten ist. Die Aufgabe der Deutschen Volkspartei liegt darin, eine Mittelpartei der Sammlung zur Errichtung einer kräftigen Regierung zu bilden, um die schweren Aufgaben, die uns bevorstehen, erfolgreich mitlösen zu können."

Frau v. Oheimb erblickt deshalb das würdigste Ziel der Deutschen Volkspartei darin, daran mitzuarbeiten, daß Deutschland die **vollkommenste Republik der Welt** werde. Zu diesem Zwecke sei es besonders nötig, den plutokratischen Einfluß zurückzudrängen, zumal gerade in andern Republiken die Macht des Geldes sehr peinlich hervortrete. Die Kreise, die stolz auf ihre alte Staatsauffassung seien, persönliches Interesse dem Dienst der Volksgemeinschaft zu unterordnen, müßten diese Eigenschaft gerade auch unter der heutigen Staatsverfassung zur Geltung bringen. Wenn sie dagegen verlangten, ihre frühere Vorzugsstellung wieder einzunehmen, so verkennten sie die Grenzen ihrer Macht und arbeiteten an der Zerrissenheit unseres Volkes.

In den Aufsätzen der Frau v. Oheimb, des Dr. v. Campe wie in den Erklärungen des Herrn Dr. Kahl finden sich zweifellos wichtige Erkenntnisse. Die Deutsche Volkspartei hat diese ursprünglich in ihrer Gründungszeit schon einmal gehabt, sich aber dann von der deutschnationalen Demagogie mit fortreißen lassen. Wenn sie jetzt zu ihren ursprünglichen Anschauungen zurückkehrt, wird das eine ebenso erfreuliche Festigung der Republik bedeuten, wie es auf der andern Seite nicht wieder verloren gehen darf, daß die Unabhängige Sozialdemokratie praktisch den Diktaturträumen entsagt hat und auf den Boden der alten Sozialdemokratie zurückgekehrt ist.

Ein Unterschied scheint uns dabei freilich noch wesentlich, wir können uns vorstellen, daß die ganze Unabhängige


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210913/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG